

FDP-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: 2022/0562

Eingang: 17.05.2022

Zukunft der Fläche der Garnisonskirche in Knielingen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	28.06.2022	18.1	X	
Planungsausschuss	07.07.2022		X	

Hinsichtlich einer angemessenen und zweckmäßigen Nachfolgenutzung des Areals der Garnisonskirche im Stadtteil Knielingen wird die Volkswohnung GmbH beauftragt, alle Möglichkeiten zu prüfen und den Abriss des alten Gebäudes zu forcieren.

Sachverhalt / Begründung:

Das Stadtteilgebiet in Knielingen, das die alte amerikanische Militärrkirche umfasst, ist nun schon seit einiger Zeit vollständig saniert, umgebaut und den gegenwärtigen alltäglichen Erfordernissen und Bedürfnissen der dortigen Einwohnerschaft angepasst. Die ehemalige denkmalgeschützte Garnisonskirche und das dazugehörige Areal sind hingegen noch unberührt und drohen weiter zu verwahrlosen. Die Bürgerinnen und Bürger zweifeln zunehmend an der optischen und sachdienlichen Funktion des Baus, da er mittlerweile im Kontrast zur stark aufgewerteten Nahumgebung steht.

Um nun endlich zu einer zielführend begründeten Entscheidung über die zukünftige Verwendung des Gebäudes zu kommen, sollte zunächst der historische Hintergrund der Kirche genauer betrachtet werden: Der Bau wurde im Jahr 1952 zur Gottesdienstnutzung für die Mitglieder der US-Army errichtet. Für alle damaligen Betreffenden war der temporäre Einsatz des Gebäudes aufgrund der zeitlich begrenzten Stationierung der Soldaten vollkommen klar und nachvollziehbar, weshalb auch ein Holzbau einfachster und kostengünstigster Art sowie dünne Fensterschreiben, Wände, Türen etc. gewählt wurden. Die im Vergleich wenig qualitativ hochwertige Bauart der Kirche stellt heute ein Millionengrab dar, dessen aufwändiger Umbau im Hinblick auf die aktuelle Haushaltslage nicht begründet werden kann. Eine komplette kostspielige Erneuerung der stark veralteten (technischen) Vorrichtungen, Dämmung etc. steht daher in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Wert und zur Bedeutung, welche die ehemalige Militärrkirche heute nur noch einnimmt. Daher sollten jetzt alle Möglichkeiten in einer gründlichen und ehrlichen Abwägung geprüft werden, um den größten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger herbeiführen zu können. Mit einem Abriss des Baus könnten beispielsweise freie Flächen für neue Wohnungen entstehen, welche angesichts der großen Wohnungsknappheit in der Fächerstadt dringend benötigt werden. So könnte die Stadt Karlsruhe ihrer sozialpolitischen Verantwortung nachkommen und Karlsruher Familien mit Kindern neue Lebensräume in ansprechender und sicherer Lage geboten werden.

Unterzeichnet von:

Tom Høyem
Annette Böringer
Thomas H. Hock
Karl-Heinz Jooß